

Brigitta Kuster und Vassilis S. Tsianos

EU-LISA zwischen Lobbyismus und *venture sciences*. Konturen eines neuen Forschungsfeldes der empirischen Migrations- und Grenzregimeforschung

Zusammenfassung

Der Beitrag exponiert methodologische Überlegungen und Probleme, die den (sicherheits-)industriell-politischen Komplex von Forschung und Entwicklung (FuE) in den *Migration and Border Studies* betreffen. Am Schnittpunkt von *Migration and Border Studies* und *Science and Technology Studies* skizziert der Beitrag eine Analytik der europäischen digitalen Grenzzone in ihrer Ko-Konstituierung mit performativen Praktiken und deren Austragungsorten, an denen das Ineinandergreifen von Technik, Wissen und Politik vorangerieben wird. Hierbei wird der Begriff der *venture science* vorgeschlagen und entwickelt. Anschließend wird das Potential einer solchen Analytik am Beispiel der technischen und politischen Transformationen der europäischen Agentur EU-LISA demonstriert.

Schlagworte

Lobbyismus, *venture science*, Migrations- und Grenzregimeforschung, EU-LISA, digitale Grenze

Jun. Prof. Dr. Brigitta Kuster
Institut für Kulturwissenschaft, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Vassilis S. Tsianos
Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit, Fachhochschule Kiel

Migrationsforschung und Politik / Zeitschrift für Migrationsforschung – Journal of Migration Studies 2021 1 (2): 203–229,
DOI: <https://doi.org/10.48439/zmf.v1i2.125>

EU-LISA between Lobbyism and *Venture Sciences*. Contours of a New Research Field in Empirical Migration and Border Regime Research

The present contribution delineates methodological considerations and theoretical issues concerning the (security-)industrial-political complex of research and development (R&D) in Migration and Border Studies. At the intersection of Migration and Border Studies and Science and Technology Studies, the paper outlines how to analyze the European digital border zones in actu in its co-constitution with performative practices and sites that advance the intertwining of technology, knowledge and politics. Here, the notion of *venture science* is proposed and further developed. Subsequently, the potential of this analytics is demonstrated by the example of the technical and political transformations of the European agency EU-LISA.

Keywords

Lobbyism, venture science, migration and border regime research, EU-LISA, digital border

* * * * *

Einleitung

›Kritik und Gewalt‹ ist der Titel und zugleich das Programm von Klaus J. Bades Intervention zur Sarrazin-Debatte (Bade 2013). Darin liefert er zum einen einen Überblick über die Argumentationslinien einer negativen Integration, die er als eine ebenso meinungsbestimmende wie »empörungsstarke Ersatzdebatte« (Bade 2013, S. 13) bloßstellt. Zum anderen bietet er eine in der deutschsprachigen Migrationsforschung selten vorkommende, detailliert recherchierte Kartierung eines »Agitationskartells« von Migrations skeptiker*innen und ›Kopftuchjäger*innen‹ in Medien, Publizistik, Politikberatung, Kirchen und Verbänden, die paradigmatisch für das opake Verhältnis von Politik und organisierten Interessen in der migrationswissenschaftlichen Landschaft ist. Der vorliegende Beitrag versucht an das Diktum einer engagierten Wissenschaft von Klaus J. Bade und der von ihm geprägten »kritischen Politikbegleitung« anzuschließen und es zugleich für ein neues Terrain migrationswissenschaftlicher Forschung fruchtbar zu machen: den (sicher-

heits-)industriell-politischen Komplex von empirischer Migrationsforschung und Grenzkontrolle.¹

Dieser Text will einige methodische Überlegungen und Probleme exponieren, die den bislang nicht ausreichend bearbeiteten (sicherheits-)industriell-politischen Komplex von Forschung und Entwicklung (FuE) in der kritischen Grenzregimeforschung betreffen. Wir versprechen uns von diesem Forschungsfeld, das teilweise an die Sicherheitsstudien anschließt², eine neue Anordnung und Dynamisierung jener für die sozialwissenschaftlich geprägte Migrationsforschung so bestimmenden Elemente von Struktur und Handlung, *policing* und *agency* sowie auch bezüglich der sehr oft als Dualismus zwischen Migrationsregime und Autonomie der Migration missverstandenen Formation. Unser Anliegen ist es, die Koartikulation von Struktur und Handlung in einer notwendigerweise selbstreflexiven Wendung zu adressieren, die die (inner- und außeruniversitär) organisierten Interessen der Wissensproduktion betrifft und auf einen diesbezüglichen aktuellen beziehungsweise aktualisierbaren Antagonismus abzielt.

An die 300 Forscher*innen, die in von der Europäischen Kommission geförderten Projekten mit dem Ziel der Verbesserung von Migrationssteuerung, Grenzüberquerungen und der Behandlung von Flüchtlingen tätig waren, unterzeichneten im März 2020 einen offenen Brief. Darin brachten sie ihre Besorgnis über den politischen Kurs der EU zum Ausdruck, der zunehmend Gefahr laufe, sowohl Menschenrechtsstandards als auch die EU-Grundrechtecharta zu unterminieren und rechten sowie rechtspopulistischen Strömungen Vorschub zu leisten. Vor allem aber machten diese Wissenschaftler*innen darauf aufmerksam, dass ihre Forschungsergebnisse von den Entscheidungsträger*innen zumeist schlichtweg ignoriert würden. Sie forderten »an immediate decision to create an evidence-based policymaking

1 Das ›Corporate Europe Observatory‹ (CEO) spricht in dem Zusammenhang von einem »border-industrial complex«. Vgl. dessen aktuellen Bericht über Lobbyismus im Zusammenhang mit Frontex zwischen 2017 und 2019: Lobbying Fortress Europe, The making of a border-industrial complex (5.2.2021), https://corporateeurope.org/en/lobbying-fortress-europe?fbclid=IwAR2Lhp3fk3k0qCSGAU4v_EnzwICMBDAfWC6Ds4hGfzn1sO0NZZ0BGuX7Uw. Zugriff: 7.2.2021. Nicht einmal der in der Presse problematisierte sogenannte Drehtüren-Mechanismus, d.h. das Phänomen der Anschlusskarrieren ehemaliger Politiker*innen in der Wirtschaft und umgekehrt von Stakeholdern in der Politik, wird in den deutschsprachigen Migration and Border Studies bislang in einer der Brisanz der Verflechtungen angemessenen Weise wahrgenommen. Exemplarisch sei hier auf die populärwissenschaftlich geschriebene und gut recherchierte Publikation des Lobby-Monitoring-Spezialisten Thilo Bode (2018) verwiesen, die sehr ausführlich die Bereiche Klimawandel, Banken, Nahrungsmittel- und Digitalkonzerne analysiert, Migrationskontrolltechnologien hingegen nicht einmal erwähnt.

2 Zu Critical Security Studies siehe Aradau et al. (2015).

structure that obliges EU officials to take into account the research findings of academics, who are studying human mobility and the best ways to deal with the challenges we face in this field.«³ Für sie als Forscher*innen erscheine es widersprüchlich, dass große Forschungsprojekte mit öffentlichen Geldern und dem Ziel finanziert würden, die Migrationssteuerung zu verbessern und den Schutz von Flüchtlingen zu erhöhen, dann aber die Ergebnisse über humane, zukunftsweisende und nachhaltige Optionen von der Politik völlig außer Acht gelassen würden. Dieser offene Brief, der vorwiegend von Politolog*innen, Migrationsrechtler*innen, Geograph*innen, Kulturanthropolog*innen und Sozialwissenschaftler*innen der kritischen Migrations- und Grenzforschung getragen wurde, beklagt in erster Linie die Verelendung von Geflüchteten und plädiert für eine solidarische Politik an den Grenzen Europas.

Interessanterweise gehen die Wissenschaftler*innen aber kaum auf die epistemologische Rahmung ihrer Komplizenschaft in der europäischen Forschungslandschaft ein. Wenn wir Mark Sanders' Studie über intellektuelle Komplizenschaft folgen, gilt es, die Verflechtung in der Komplizenschaft als eine »generalized foldedness in human-being« (Sanders 2002, S. 17) nicht nur grundlegend anzuerkennen, sondern vor allem zu kontextualisieren und als »responsability in complicity« (Sanders 2002, S. 15) zu spezifizieren. Dadurch soll die eigene Positionierung geschärft werden – und zwar eher als eine Nähe denn als eine Distanz zu dem, was man kritisiert. Als kritische*r Forscher*in gilt es, die vielleicht erschreckende Erkenntnis zum Ausdruck zu bringen, dass für die Europäischen Forschungsrahmenprogramme, die zunächst den Motor der Entwicklung und Vergemeinschaftung der europäischen Wissensgesellschaft samt der dazugehörigen NGOisierung darstellen⁴, die kritische Migrations- und Grenzforschung sowie empirische Forschung im Bereich der Technikfolgenabschätzung und der Ethik inzwischen mitunter als nahezu irrelevant gilt. Das gilt insbesondere, wenn man berücksichtigt, was sich aus der doch recht umfangreichen *policy briefing*-Literatur in tatsächlichen Umsetzungen wiederfindet.⁵

Zur Veranschaulichung eine Episode aus unserer Feldforschung: 2016 folgten wir auf der EAB Research Projects Conference (EAB-RPC) in der

3 Siehe: http://admigov.eu/upload/Call_EU_funded_researchers.pdf. Zugriff: 13.2.2021.

4 Die europäische Wissensgesellschaft hatte in der Zeit zwischen 1980 und den 2000er Jahren eine ähnliche diskursive Brisanz wie aktuell etwa die Digitalisierung.

5 Ergänzend zur gegenwärtigen Tendenz öffentlich-privater Partnerschaften auf europäischer Ebene lässt sich die Einschätzung treffen, dass sich in der national geförderten angewandten Migrations- und Integrationsforschung die Komplizenschaft mit dem Nationalstaat noch dichter ausgestaltet und mitunter gar im Dienste von Migrationskeptizismus oder gar kolonialer Nostalgie stehen mag.

Fraunhofer Gesellschaft zur Förderung der Angewandten Forschung e.V. in Darmstadt der Projektpräsentation von BODEGA. Proactive Enhancement of Human Performance in Border Control.⁶ Vertreter*innen von VTT Technical Research Center of Finland, der griechischen Polizei bzw. des Center for Security Studies (KEMEA), der Universität von Namur sowie der Firma Thales stellten verschiedene Facetten der menschlichen Leistung bei der Grenzkontrolle vor und wie diese verbessert werden könnte. Wir waren erstaunt, dass hierbei – ähnlich wie in einer ethnographisch inspirierten qualitativen Sozialforschung – das Feld und die Feldstudien zum Sammeln von Daten zum »human factor« an der Grenze großgeschrieben wurden. »Smarter borders change the way border control is performed«, sagte die Vortragende Blagovesta Nikolova und betonte, dass eine zunehmend automatisierte Grenze die Aufmerksamkeitsökonomie der Grenzschützer verändere und sich die Interaktion zwischen den »end users« – Reisende und Grenzpolizei – wandele. BODEGA zielt offenbar auf die Verbesserung der Arbeitsleistungen von Grenzschützer*innen für die Zeit nach der Implementierung unterschiedlicher Formen der intelligenten Grenze. Nikolova, die damals am Laboratory for Ethical Governance of Information Technology (LEGIT) der Universität Namur arbeitete, beleuchtete vor allem die ethischen Dimensionen von Grenzkontrollkontexten. Sie betonte, dass es in ihrem Arbeitspaket nicht einfach um Technologie-Akzeptanz und forschungsethische Fragen gehe, sondern um den Versuch, eine »research reflexivity« im Rahmen von »Responsible Research and Innovation (RRI)«⁷ zu etablieren. Dies sehe zudem vor, transversal zu den unterschiedlichen involvierten Bereichen und Akteur*innen wie etwa Grenzschützer*innen und Softwareingenieur*innen vorzugehen. Da dies vielversprechend klang, sprachen wir sie in der Pause auf Veröffentlichungen an, die sich auch nach mehreren Monaten Projektlaufzeit noch nicht finden ließen. Leider seien diese »deliveries« ausschließlich projektintern und dürften nicht veröffentlicht werden, »aus Sicherheitsgründen«, fügte sie hinzu.⁸ Die untersuchten »deep implications«⁹ der Technologisierung der Grenzkontrolle, die mit dem Argument der Erhöhung von Geschwindigkeit und Sicherheit betrieben wird, stellen also ihrerseits ein Sicherheitsrisiko dar?

6 <https://bodega-project.eu/>. Zugriff: 13.2.2021.

7 Responsible Research and Innovation (RRI) (verantwortliche Forschung und Innovation) ist eine Initiative der Europäischen Kommission, die zum Querschnittsthema für das aktuelle Rahmenprogramm für Forschung und Innovation – Horizont 2020 – erhoben wurde. Im Hinblick darauf wurde das Projekt RRI Tools als ein interdisziplinäres Konsortium, gefördert im Rahmenprogramm FP7 (2007–2013), ins Leben gerufen.

8 Feldnotizen zur EAB Research Projects Conference vom 19.9.2016, Brigitta Kuster.

9 Ebd.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf eine Reihe von Interessen und tentativen Neuausrichtungen, die sich je als Schlussfolgerungen aus unseren Forschungsprojekten an den Grenzen Europas ergeben haben. So zielte unser Projekt ›Transitmigration‹ (2002–2005) darauf, die Effekte des monolithischen Narrativs einer Festung Europa in Frage zu stellen, um stattdessen Grenzergebnisse als krisenhafte Momente zu erforschen und sie zugleich mit dem Fokus auf ihre Akteure als singuläre Grenzzone zu kartografieren. Der Fokus der ethnografischen Grenzregimeanalyse im Projekt Mig@net: Transnational Digital Networks, Migration and Gender (2009–2013) lag auf digitalen kommunikations- und kontrollpolitischen Umgebungen, wobei sich unser Interesse vor allem auf die on- und offline operierende Veräumlichung der notorischen Krise der Dublin-Verordnung richtete. ›Transitmigration II‹ nahm diesen Faden auf – und zwar in einer Zeit der Restrukturierung des europäischen Grenzregimes nach dem sogenannten Sommer der Migration 2015 – und fokussierte etwa die Implementierung des sogenannten Hotspot-Ansatzes auf den griechischen Inseln. Die Grenzkonflikte zwischen Migrant*innen und Kontrollinstanzen, die wir anfangs in den Blick genommen hatten (Hess und Schmidt-Sembdner 2021), führten uns vor Augen, wie wichtig hierbei die medialen und technologischen Akteure sind, die wir schließlich auf der Ebene der Digitalisierung und der Biometrisierung der Grenzkontrolle anvisierten.

Die Einblicke, die wir dabei gewannen, führten uns wiederum dazu, die enge Verstrickung des Paradigmas der Versicherheitlichung mit dem Humanitarismus zu befragen und zudem seine Rückbindung an ordnungspolitische Vorrichtungen organisierter akkumulierender Interessen des (sicherheits-)industriell-politischen Komplexes wahrzunehmen. Der zunehmenden Einsicht in die Dringlichkeit investigativer Einblicke in die wissens- und kontrollpolitischen Apparaturen der europäischen Grenze in ihrer Komplexität und in ihrer Verflochtenheit, die auch unser eigenes Aktionsfeld betreffen mögen, steht allerdings auch die Erkenntnis gegenüber, wie schwierig sich ein solches Unterfangen erweist hinsichtlich seiner Konzeption, Praktikabilität und Legitimierbarkeit.

Wenn wir von der Übernahme von Verantwortung für die Effekte unserer kritischen Forschungen im eigenen Feld sprechen, dann möchten wir an dieser Stelle betonen, dass unsere erkenntnistheoretische Motivation weder in der analytischen noch in der empirischen Rekonstruktion der Verschränkung von Macht und (organisiertem) Wissen bzw. der Produktivität der Macht im Anschluss an Foucault besteht, sondern in einer taktischen Neuausrichtung dessen, wie wir als kritische Wissenschaftler*innen Veränderungspotentiale verwalten und die Gegensätze von *Welten*, d.h. Verkörper-

rungen von Wissen und Affekt gegenüber der Repräsentation tradierter Wissensformen, forcieren und responsabilisieren.

In einem ersten Schritt führen wir in die Lobbyismus-Landschaft in der EU ein. Anschließend rekonstruieren wir die Rolle des Lobbyismus beim Ausbau öffentlich-privater Partnerschaften in der europäischen Grenzsicherung. Dabei entwickeln wir die Konturen des Konzeptes der *venture science*, das unseres Erachtens geeignet ist, die machtvollen und produktiven Netzwerke der Grenzsicherung zu analysieren. Dafür versuchen wir im anschließenden Kapitel methodologische Fragen der Untersuchung der Akteur-Netzwerke des *bordering* zu klären. Im letzten Teil geht es dann darum, *in actu* die expansive Dynamik der Akteur-Netzwerk-Konstruktion am Beispiel von EU-LISA zu skizzieren.

Lobbyismus in der EU

2011 schreibt die lobbyismuskritische NGO Corporate Europe Observatory in ihrer Borschüre »War starts here. A guided tour about the arms industry lobby«:

»More than 20,000 lobbyists currently influence the EU institutions, most of them operating from offices in the four square kilometers around the European Commission headquarters and the European Parliament. Brussels competes with Washington for the title of lobbying capital of the world. The European institution's power, complex procedures and lack of transparency, combined with their reliance on external sources of advice and information, make Brussels a lobbyist's paradise.«¹⁰

Für die EU-Kommission und das EU-Parlament wird seit 2011 ein – *nota bene* freiwilliges – gemeinsames Lobbyregister mit dem offiziellen Namen »Transparenzregister« geführt, seit April 2015 in einer überarbeiteten Version.¹¹ Nur wer hier registriert ist, kann einen dauerhaften Zugangspass zum EU-Parlament erhalten. Der Begriff »Lobbying«, der sich auf das englische Wort für Vorhalle bezieht, wird in der »Interinstitutionellen Vereinbarung« zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission zum Transparenzregister allerdings nicht genannt. Stattdessen ist dort von »Organisationen und selbstständige[n] Einzelpersonen, die sich mit der Gestal-

¹⁰ http://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/war_starts_here.pdf. Zugriff: 7.2.2021.

¹¹ <http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/homePage.do?locale=de>. Zugriff: 7.2.2021. Die entsprechende Rechtsakte ist die »Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission über die Einrichtung eines Transparenz-Registers für Organisationen und selbstständige Einzelpersonen, die sich mit der Gestaltung und Umsetzung von EU-Politik befassen« vom 22.7.2011, [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008G1216\(01\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008G1216(01)&from=DE). Zugriff: 7.2.2021.

tung und Umsetzung von EU-Politik befassen« die Rede. Nach dem Stand dieses Registers vom Februar 2021 waren hier 12.276 Lobby-Organisationen registriert, von denen 2.222 Personen für einen Zugang zum Europäischen Parlament akkreditiert waren.

In seinem Bericht aus dem Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments vom 18.11.2015 (2015/2041 (INI))¹² forderte Sven Giegold (Abgeordneter im Europäischen Parlament, Bündnis 90/Die Grünen) mit dem Fokus auf Transparenz (1), Rechenschaftspflicht (2) und Integrität (3) einen dreifachen Ansatz gegenüber Lobbyismus in EU-Organen. Zudem verlangte er die Einführung eines legislativen Fußabdrucks (also die Dokumentation, wie Interessenvertreter*innen in die Erstellung von Gesetzesentwürfen einbezogen waren) und ein möglichst verbindliches Lobbyregister. Darüber hinaus sah dieser Vorschlag mehr Transparenz (z.B. Aufzeichnung von Informationen über Treffen) auch bezüglich sogenannter Expert*innengruppen vor, deren Zusammensetzung zudem »ausgewogen« sein soll. Unabhängiges Lobby-Monitoring oder *online research*-Plattformen bietet neben Integrity Watch¹³, deren interaktive Datenbank einen Überblick über alle Lobby-Treffen der Europäischen Kommission seit Dezember 2014 gibt, etwa auch LobbyFacts, ein Projekt von Corporate Europe Observatory.¹⁴ Erik Wesseliuch von Corporate Europe Observatory kommentierte:

»Lobbying is big business in the EU. We hope that LobbyFacts will become a really useful tool for journalists and activists analysing and exposing EU lobbying. The official lobby register is not very user-friendly or flexible, but LobbyFacts enables people to compare lobby data from different lobbying organisations and different countries and to do so quickly.«¹⁵

Solche Plattformen sind zwar wichtige Tools für kritische Recherchen von Aktivist*innen und Journalist*innen¹⁶; sie erlauben allerdings keine tieferen Einblicke in die Projekte und Vorgänge der Einflussnahme und auch kaum differenziertere sektorenspezifische Recherchen.

12 http://www.sven-giegold.de/wp-content/uploads/2015/12/AFCO_PR2015567666_DE.pdf. Zugriff: 7.2.2021.

13 <http://www.integritywatch.eu/>. Zugriff: 7.2.2021.

14 <http://lobbyfacts.eu/>. Zugriff: 7.2.2021.

15 Cann, Vicky. Hard facts on Europe's biggest lobbyists revealed for the first time, 30. September 2014. <https://lobbyfacts.eu/articles/30-09-2014/hard-facts-europes-biggest-lobbyists-revealed-first-time>. Zugriff: 16.3.2021.

16 Lobbykritische Aufklärungsarbeit leistet auch der in Köln und neu auch in Berlin tätige gemeinnützige Verein LobbyControl: <https://www.lobbycontrol.de/>. Zugriff: 7.2.2021. LobbyControl ist auch in der Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation (ALTER-EU) organisiert.

Auch der Bereich der Produktion und Konsumtion von Technologien zur Kontrolle und Verwaltung der europäischen Grenze zeichnet sich durch einen markanten Lobbyismus aus. Während es sich bei Lobbyismus im herkömmlichen Sinne um eine direkte Beeinflussung von Parlamentarier*innen handelt, scheint dieser Aspekt im Bereich des Migrations- und Bordermanagements eher von geringerer Tragweite zu sein als jene Form der Einflussnahme, die eine bereits sehr enge Verflechtung der institutionellen Architekturen der europäischen Grenzverwaltung – das heißt von Organen der Exekutive mit Akteur*innen der Sicherheitsindustrie – voraussetzt. Als wichtige Adressen ließen sich etwa der Thinktank Security and Defense Agenda (SDA) erwähnen oder die European Organisation for Security mit der Untergruppe Integrated Border Security Working Group, die vieles von dem propagieren, was kritische *Border Studies*-Forscher*innen befragen. Darüber hinaus ist auch das European Security Research Advisory Board (ESRAB) zu nennen. Es handelt sich um eine der »expert and advisory groups« der Europäischen Kommission, gegründet im April 2005 zur Bewerkstelligung eines festgestellten Bedarfs an Sicherheitsforschung und -technologie und mit dem Ziel, »security research demand requirements« und »technology supply chain requirements«¹⁷ zusammenzubringen. In solchen Zusammenhängen spielt sich der Lobbyismus zum einen als privilegierte Teilnahme privatwirtschaftlicher Akteure an öffentlichen Organen ab, wobei sich dies sowohl auf die Auftragslage (*Public-Private Partnership*) als auch auf die Forschung (*Forschung und Entwicklung*) beziehen kann. Voraussetzung ist in beiden Fällen, dass die Beziehungen zwischen den Institutionen der EU, den Mitgliedstaaten, Forschungszentren, Universitäten, Beraterfirmen sowie der Industrie und ihrer Lobbyist*innen bereits in sehr dichten Netzwerken miteinander verstrickt sind. Entsprechend muss in Rechnung gestellt werden, dass Sicherheitstechnologieanbieter unmittelbar auf Sicherheitsforschung und Migrationspolitik einwirken.

In Zusammenarbeit mit der Internetplattform ›Frag den Staat‹ und ›Corporate Europe Observatory‹ recherchierte das ZDF-Magazin *Royale* 16 Treffen der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache Frontex mit Lobbyist*innen zwischen 2017 und 2019, die nicht alle im EU-Transparenzregister gelistet waren.¹⁸ Am 5. Februar 2021 wurden die Ergebnisse un-

¹⁷ Commission decision of 22 April 2005 establishing the European Security Research Advisory Board (2005/516/EC), <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:32005D0516&from=RO>. Zugriff: 30.3.2021.

¹⁸ Davon waren 108 Vertreter*innen von Unternehmen, 10 von Thinktanks, 15 von Universitäten und 1 von einer Nichtregierungsorganisation. Das Informationsfreiheitsgesetz der Europäischen Union ermöglichte den Zugang zu den 142 analysierten Dokumenten, darunter Programme, Teilnehmer*innenlisten, Powerpoint-Präsentationen und Werbekataloge.

ter dem Titel ›Die Frontex Files‹¹⁹ veröffentlicht und mit folgendem Kommentar versehen: »Die Auswertung der ZDF-Recherchen zeigt, dass es eine signifikante Überschneidung zwischen Firmen gibt, die direkt bei Frontex lobbyieren und jenen, die von EU-Aufträgen bei der Sicherung des EU-Außengrenzschutzes profitieren.«²⁰

Zum Ausbau öffentlich-privater Partnerschaften für die europäische Grenzsicherung

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist eine deutliche Verlagerung in der Grenzverwaltung zu beobachten – von migrationsbezogenen Belangen hin zu Sicherheits- und Anti-Terror-Maßnahmen. Seit den 1990er Jahren steht dabei mehr und mehr die irreguläre, unregistrierte Mobilität im Fokus. Der Versicherheitlichung der Migration entspricht die Militarisierung und Technologisierung der europäischen Grenze und ihrer Kontrolle, wobei auch für die Grenzschutz- und Grenzmanagement-Industrien die Märkte für elektronische Grenzschutzanlagen (beispielsweise das Sistema Integrado de Vigilancia Exterior (SIVE) / Integriertes elektronisches System zur Außenüberwachung in Spanien oder auf EU-Ebene das Grenzüberwachungssystem EUROSUR) und für virtuelle oder intelligente Grenzen eine immer größere Rolle spielen: Tracking, das heißt die retrospektive oder simultane Verfolgung bewegter Objekte, ist das Paradigma der neuen Grenzsicherung. Dabei kommen Technologien wie Biometrie, thermographische Kameras und andere Sensortechniken, Radar und Drohnen zum Einsatz.

Manche Autor*innen sprechen diesbezüglich von einem sicherheitsindustriellen Komplex (›the EU Security-Industrial Complex«; Hayes 2009; Golash Boza 2009a, 2009b; Feldman 2012; Hernández-León 2012; Zolberg 1999; Gordon 2009; Walters 2010; Breckenridge 2014; Zuboff 2019).²¹ Er soll dafür sorgen, dass innere Sicherheit auch an den EU-Außengrenzen gewährleistet wird. und adressiert die Beziehungen zwischen militärischen und polizeilichen Akteuren, Sicherheitsdiensten, Regierungen und meist transnational bzw. innerhalb des globalen Marktes von Grenzsicherheitstechnologien operierenden Hochtechnologie-, Sicherheits- und Verteidigungsindustrien. Wichtige europäische Player sind hier etwa die Thales Group, Leonardo (ehemals Finmeccanica), die Safran Gruppe, die Airbus Group, Indra Sistemas S.A., BAE Systems und nicht zuletzt Siemens.

¹⁹ <https://frontexfiles.eu/>. Zugriff: 7.2.2021.

²⁰ <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/frontex-lobbyismus-100.html>. Zugriff: 7.2.2021.

²¹ The Global Surveillance Industry (Privacy International, July 2016), https://privacyinternational.org/sites/default/files/2017-12/global_surveillance_0.pdf. Zugriff: 7.2.2021.

Bastiaan van Apeldoorn und Laura Horn haben die Institutionalierungsprozesse der Verflechtungen zwischen Politik und Ökonomie für die *security policies* beschrieben und gezeigt, wie der Prozess der Ökonomisierung der europäischen Unternehmensführung und -kontrolle (»marketisation of European corporate control«; van Apeldoorn und Horn 2007, S. 212) die soziale und politische Konstituierung von Märkten prägte.²² Dies spiegelt sich nicht zuletzt in Politikformen wider, die insbesondere im Bereich des Grenzmanagements und der Migrationskontrolle zunehmend über Agenturen bzw. deren Projekte, Operationen (z.B. Mare Nostrum oder in der Folge die Frontex-Operation Triton), Missionen (z.B. EUNAVFOR Med zur Bekämpfung von Schleppernetzwerken) oder Programme vermittelt sind.²³

Formell mit der Aufgabe betraut, technische, wissenschaftliche und verwaltungstechnische Aufgaben zu übernehmen, richten Agenturen wie

22 Bei der Herausbildung des europäischen Shareholder-Kapitalismus habe der Prozess der europäischen Integration, die seit dem Ende der 1980er Jahre vom Projekt einer neoliberalen Ökonomisierung vorangetrieben worden ist, eine entscheidende Rolle gespielt, so die Autor*innen. Neue Märkte zu erschließen sei wichtig im Sinne der Konkurrenz mit den USA und China. Der Markt für öffentliche Sicherheit in den USA wird für das Jahr 2020 auf 94,5 Mrd. US-Dollar geschätzt. Für China, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, wird bis zum Jahr 2027 eine Marktgröße von 182,2 Mrd. prognostiziert. Als weitere bemerkenswerte geografische Märkte werden Japan, Kanada und Deutschland aufgeführt, deren Wachstumsraten für den Analysezeitraum zwischen 2020 und 2027 bei ca. 10% liegen. Insgesamt wird für den »global market for Public Safety and Security« bis 2027 ein Volumen von 812,7 Mrd. US-Dollar vorausgesagt. Für das Segment der biometrischen Sicherheits- und Authentifizierungssysteme wird weltweit eine Wachstumsrate von 12,5% vermerkt. Global Public Safety and Security Industry-Bericht, <https://www.reportlinker.com/mycart/?ref=plp>, zitiert nach <https://www.globenewswire.com/news-release/2020/09/25/2099172/0/en/Global-Public-Safety-and-Security-Industry.html>. Zugriff: 7.2.2021.

Ein Bericht von Likhita Banerji für Amnesty International vom August 2019 weist zudem auf den Umfang der Bedrohung durch die Zusammenarbeit von Regierungen mit Überwachungsfirmen hin, der den UN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung dazu geführt hat, ein weltweites Moratorium für den Verkauf privater Überwachungstechnologie zu fordern. Hier geht es offenkundig vor allem um Überwachungstechnologien, die zur Verfolgung, Überwachung und Einschüchterung von Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen und politischen Dissidenten eingesetzt werden. Banerji, Likhita. 2019. A Dangerous Alliance: Governments Collaborate with Surveillance Companies to Shrink the Space for Human Rights Work (Amnesty International, 16.8.2019). <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2019/08/a-dangerous-alliance-governments-collaborate-with-surveillance-companies-to-shrink-the-space-for-human-rights-work/>. Zugriff: 16.03.2021.

23 Die Autor*innen des von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik im April 2016 veröffentlichten Papiers »Grenzsicherung, Lager, Kontingente: Die Zukunft des europäischen Flüchtlingsschutzes?« stellen heraus, dass Frontex heute zehnmal so viele Mitarbeiter*innen habe wie zur Zeit der Gründung der Agentur, der Jahreshaushalt von Frontex sei von sechs auf inzwischen 254 Millionen Euro gestiegen (Angenendt et al. 2016).

Frontex oder die Europäische Agentur für das operative Management großer IT-Systeme im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (EU-LISA) ihre Arbeitsstrukturen zunehmend auf Netzwerke und Kooperationspartner aus der Privatwirtschaft aus. Pikant in diesem Zusammenhang war etwa die Nachricht über einen von Frontex ausgerichteten Pitch auf Lesbos am 27. und 28. Januar 2016. Die Firmen Securiport LLC, Crossmatch, Unisys, Thales und 3M waren eingeladen, Vorschläge für das Design von »Smartphone Apps« und Datenbanken zu präsentieren, um in Europa ankommende Flüchtlinge zu tracken.²⁴ Andersherum ist, wie wir weiter oben bereits gesehen haben, eine Lobbyorganisation der Sicherheitsindustrie wie die European Organisation for Security (EOS) direkt in die europäische institutionelle Architektur eingebunden. Sie kooperiert unmittelbar mit dem DG Home Affairs (nach wie vor das Direktorat für Migrationsangelegenheiten), etwa in sogenannten High Level Public-Private Security Roundtables.²⁵

Ähnliches gilt auch für die Confederation of European Security Services (CoESS), die 1989 als Dachorganisation von 26 nationalen Sicherheitsindustrie-Verbänden gegründet worden ist. Deutschland ist darin vertreten durch den Bundesverband der Sicherheitswirtschaft e.V. Die CoESS ist von der Kommission als sektorenspezifischer Sozialpartner anerkannt und tritt auch als politische Stimme der Sicherheitsindustrie auf, die sich etwa am 20. April 2016 mit einem Positionspapier zur Flüchtlingskrise in Europa äußerte.²⁶

Als integraler Bestandteil der EU-Entscheidungsfindungsprozesse fungieren die EU Expert Groups, die Kommission organisiert sich hierdurch Input von externen Interessenvertreter*innen. Dazu gehören etwa die Gruppe External Border Management (E00597), die aus nationalen und EU-Behörden zusammengesetzte Contact Group EURODAC (E00609) oder auch die Horizon 2020 Protection And Security Advisory Group (E03010) (abgekürzt PASAG), eine Expert*innengruppe mit 15 Vertreter*innen, davon zwei aus Deutschland, aus der Jenaer Biowissenschafts-Industrie und aus der Abteilung Security Consulting and Research der Commerzbank AG. Der

²⁴ Taylor, Diane, und Emma Graham-Harrison, EU Asks Tech Firms to Pitch Refugee-Tracking Systems. *The Guardian*, 18.2.2016.

²⁵ Die EOS arbeitet mit dem end-to-end approach, einer ganzheitlichen und zielführenden Business Process-Methode, die sicherstellen soll, dass Forschung zu Marktentwicklungen führt. Eines ihrer Flagship-Projekte betrifft die europäische Integrated Border Security. Nicht zuletzt hat die EOS mitgewirkt an der Errichtung des Internal Security Fund (ISF), der für den Zeitraum 2014 bis 2020 ein Budget von ca. 3,8 Milliarden Euro zur Verfügung hatte.

²⁶ Das Positionspapier mit dem Titel »Joint Statement – CoESS and UNI Europa – the Private Security Sector in Light of the Increasing Number of Refugees in Europe« lässt sich herunterladen unter: <https://www.coess.org/newsroom.php?page=position-papers>. Zugriff: 7.2.2021.

Film *High Tech Borders* von Guillaume Pitron²⁷ fasst die Funktion der Sachverständigen in den EU-Expert*innengruppen im Off-Kommentar folgendermaßen zusammen: »von der Rüstungsindustrie bezahlte Expert*innen, die sich an der Vorbereitung europäischer Ausschreibungen beteiligen, auf die ihre Arbeitgeber sich anschließend bewerben.« (Ü.d.A.) Dem Filmteam ist es allerdings weder gelungen, solche Sachverständigen vor die Kamera zu bringen, noch Gespräche mit Vertreter*innen der Kommission über das Thema zu führen.

Unter dem Titel ›The Political Economy of Entry Governance‹ haben Martin Lemberg-Pedersen, Johanne Rübner Hansen und Oliver Joel Halpern 2020 ein umfassendes Mapping mit Fokus auf den Markt der europäischen Grenzschutz-Datenbanken EURODAC, VIS, SIS und EES sowie EUROSUR vorgelegt.²⁸ Als Quintessenz ihrer detaillierten Untersuchung, die ausschließlich auf für die Öffentlichkeit zugänglichen Daten beruht, formulieren die Autor*innen die Gefahr technologischer und politischer sogenannter Lock-in-Effekte, also quasi-naturalisierter Abhängigkeitsverhältnisse und Bindungen der Politik an Anbieter der Privatwirtschaft und technische Lösungen, die es erschweren, in den Infrastrukturen der Grenzsicherung eingebettete Normen in Frage zu stellen oder diesbezüglich gar Kurswechsel anzuvisieren. Im Gegensatz zu der wichtigen Momentaufnahme der Verflechtungen von Industrie, Technologie und Politik bezüglich der europäischen Grenzsicherung, die Lemberg-Pedersen, Rübner Hansen und Halpern vornehmen, interessiert uns in den nun folgenden methodischen Überlegungen aber nicht so sehr die Repräsentation von Research and Development oder Public-Private-Partnership-Netzwerken, sondern im Sinne der Ko-Artikulation mit Donna Haraway (1995) das parallel verlaufende und antizipierende Ineingangreifen von Strukturen, Handlungen, Ressourcen, Technologien, Konjunkturen und Infrastrukturen. Somit zielen wir auf die Frage, wie sich die Kopräsenz heterogener Akteur-Netzwerke und die damit verbundenen koevolutiven Prozesse bezüglich des Bordering – d.h. Praktiken der Grenzziehung – *in actu* untersuchen lassen.

27 Produktion: Canal Plus & CAPA Presse 2016, 53 min.

28 Den Rahmen für diese Forschung bildete das Forschungsprojekt ›Advancing Alternative Migration Governance‹ (2019–2022), das vom Europäischen Rahmenforschungsprogramm Horizon 2020 gefördert wird. Vgl. Lemberg-Pedersen et al. (2020).

Wie soll man Akteur-Netzwerke des Borderings untersuchen?

Wie kann man sich den komplex verflochtenen, multiskalaren, verworrenen und teilweise der kritischen Migrations- und Grenzforschung eher schwer zugänglichen Feldern des Borderings nähern? Manchen herausragenden Arbeiten im Bereich der Aufarbeitung und Herleitung ist es gelungen, die europäischen Institutionalisierungsprozesse in Wechselwirkung mit Netzwerkbildungen aus Interessengruppen und Lobbyverbänden historisch zu rekonstruieren, so etwa richtungweisend Heiner Busch (1995) für die Verpo- lizeilichung der Ausländer- und Asylpolitik und der Kontrolle der europä- ischen Außengrenze oder jüngst Bernd Kasperek (2021) für eine kultur- anthropologische und genealogisch-rekonstruktive Problematisierung des Regierens der Migration via Agenturen in Europa am Beispiel von Frontex. Alternativ ließen sich inzwischen sicherlich auch Ansätze der biographischen Professionsforschung für unser Anliegen fruchtbar machen.

Das Konzept der *venture science*

Eine Frage, die sich jedoch in Bezug auf beide methodischen Zugänge auf- drängt, betrifft die Rolle der Wissenschaft bzw. der Forschung selbst. Hin- ausgehend über den analytischen Begriff der *technoscience*, der ein Dispositiv beschreibt, in dem Wissenschaft als durch Technologien und ihre Instrumen- te/Apparate vorangetriebene, weltbildende, konstitutive Kraft auftritt, die *technofacts* (Technofakten) schafft, hat Kaushik Sunder Rajan im Rahmen seiner wissensanthropologischen Studie zur Symbiose von Risikokapital und Biotechnologie den Begriff der *venture science* (Rajan 2009, S. 122) geprägt. Er soll die Zukünftigkeit, den Hype, das Versprechen einer wissenschaftlichen Wissensproduktion herausstellen, einschließlich der Kontingenz, ob eine bestimmte Vorhersage zutreffen wird oder nicht. Als Wissen, das direkt von Unternehmen ›produziert‹ wird, bedarf es im *venture science capitalism* bzw. bei Projekten eines solchen prognostischen Wissenstypus keiner Grundlagen- forschung im klassischen Sinne mehr, da sich Wissensbestände direkt aus der Nutzer*innenperspektive generieren. Dabei verschwimmen selbstredend die Grenzen zwischen Anbieter*innen und Anwender*innen oder Verbrau- cher*innen, die wie im vorliegenden Falle der Sicherheitsforschung als staat- liche bzw. EU-Institutionen – so etwa die europäische Außengrenze – zu treibenden Faktoren der Wissensentwicklung werden.

Eher als auf eine Vereinnahmung der öffentlichen Wissenschaft durch private Unternehmer zielt *venture science* auf wissensgesellschaftliche Trans- formationen im Zuge einer neuen Vermengung strategisch angelegter Dis-

kurs- und Praxisformen von Wissenschaft und Unternehmertum in der *technoscience* (Rajan 2009, S. 122f.). *Venture science* schließt Forschung ein, die vom öffentlichen Sektor und privaten Investor*innen bzw. großen industriellen Konsortien gemeinsam finanziert wird. Dies hat in materiell-produktiver, epistemischer und diskursiver Hinsicht grundlegende Veränderungen der organisatorischen Strukturen, der professionellen Selbstverständnisse der Forscher*innen sowie der Art und Weise, in welcher sich die Wissenschaften der Zukunft und dem Fortschritt zuwenden, zur Folge.

Rajan argumentiert mit der neuen Zentralität der Kategorie des Risikos: zum einen als Investitionsrisiko, vor allem was den Bereich der Forschung und Entwicklung anbelangt, zum anderen in Bezug auf die Wahrscheinlichkeitstheoretische Ausrichtung der Lebenswissenschaften selbst. Beide Aspekte treffen in hohem Maße auf die Sicherheitsforschung mit ihrem Präventionsparadigma und ihrem Modus der Risikoabschätzung zu. Sicherheit wird verkauft und verstanden in Begriffen der Voraussicht – der Prävention und der Proaktivität. Momente wie der Diskurs um die sogenannte Flüchtlingskrise im Sommer 2015 sind genau deshalb so zentral, weil sie geeignet sind, eine Prognose zu bestätigen, mehr noch, zu reifizieren. Sie lassen Spekulationen auf die Zukunft, die seit Jahren im Gange sind, plötzlich als real und unmittelbar erscheinen, als eine aktuelle Lage, die nach einer politischen, technologischen und legalen Antwort verlangt. In solchen Momenten lässt sich auch das Bindeglied ›from the lab to the market‹ umsetzen.

Ähnlich wie beim Biowissenschafts-Komplex, der aus einer Koproduktion sozialer, ökonomischer, wissenschaftlicher, technologischer, juridischer und behördlicher Belange besteht, finden auch im Bereich der Sicherheitsforschung bzw. ihren Wissensproduktionsprozessen Neukonfigurationen und dichte Wechselwirkungen zwischen juridischen und politischen Reformbestrebungen, Unternehmensstrategien, wissenschaftlich-technologischen Innovationen, öffentlichen Diskursen oder kulturellen Ausrichtungen mit *longue durée* statt, die eine Perspektivierung dieser Vorgänge unter dem Begriff der *venture science* nahelegen. Der Berliner Philosoph Jan Slaby, der den Begriff der *venture science* aufgreift, schreibt: »Twenty-first-century science is thoroughly commercialised and increasingly inextricable from practices of capitalist valuation, which means that public relations, consumer practices, aspects of a ›cultural industry‹ are added on to the practice of research to constitute ›venture science‹« (Slaby 2015, S. 17).

Beispielweise die europäischen digitalen (Außen-)Grenzen unter dem Gesichtspunkt von *venture science* auszuleuchten, bedeutet also, die ko-evolutiven Prozesse und die Aktualität von europäischen Grenzzonen in ihrer wechselseitigen Konstituierung mit performativen Praktiken und Schauplätzen zu analysieren. So wird ein Ineinandergreifen von Technik, Wissen und

Politik auf den Weg gebracht, das Wissensobjekte wie die europäischen digitalen (Außen-)Grenzen etabliert. Karin Knorr-Cetina (1999, S. 257–260) bezeichnet die Resultate solcher Vorgänge als aus Wissen generierte und wissenserzeugende Objekte. Dieser Kommerzialisierungsimperativ stellt nicht zuletzt eine Herausforderung für machtkritische Analysen dar, weil diese sich auf das Zusammenspiel richten müssen, statt wie bislang bloß einzelne institutionalisierte Felder wie die Wissenschaft, die Unternehmenswelt, den Staat, die Nation oder gar die Verbraucher*innen (in diesem Falle etwa die Migrant*innen) in den Blick zu nehmen. Doch wie verschafft sich die/der kritische Forscher*in über ›desk researches‹ hinausgehend Zugang zu solchen Milieus und was macht sie/er dann?

Meet the researchers

Netzwerke, Thinktanks, wie etwa TeleTrust Deutschland e.V., European Biometrics Forum (EBF) oder European Corporate Security Association (ECSA), Forschungsinstitute, wie etwa das Center for Advanced Security Research Darmstadt, und (informelle) Austauschformate von sicherheitspolitischen Expert*innen, Datenschützer*innen, Wissenschaftler*innen, Manager*innen von grenzsicherheits- und identifikationstechnologischen Produkt- und Dienstleistungslinien sowie Resellers der Medienbranche spielen eine zentrale Rolle sowohl für die Weiterentwicklung der europäischen digitalen Grenze als auch für kommunikations- und sicherheitstechnologische Anwendungen wie ›Smart Borders‹. Hierbei handelt es sich um exklusive, jedoch nicht unbedingt geschlossene Milieus, die in Konferenzen, auf Produkt-Messen und in Workshops zusammenfinden oder anlässlich sogenannter ›meet the buyer events‹, bei denen privatwirtschaftliche Entscheidungsträger*innen, Regierungsagenturen und Vertreter*innen von Exekutivbehörden Kontakte zueinander pflegen (Maasen 2009; Schaar 2014).

Wir schlagen vor, solche Milieus am Schnittpunkt von Sicherheitsindustrie, Sicherheitsforschung und »Stakeholder Plattformen« (Hayes 2009) als *venture science*-Zonen der europäischen digitalen Grenze zu bezeichnen. Sie sind performative Orte, ja geradezu Rituale des Ineinandergreifens von Technik, Wissen und Politik (Tsianos und Kuster 2016a). Sie lassen Organisationskulturen entstehen, die sich durch gemeinsame, von Industrie, Forschung und Politik getragene Aktionspläne auszeichnen. Dabei bilden sie, folgen wir Donna Haraway (2018, S. 50), eine Lebensform, eine Praxis, ein Milieu und eine generative Matrix heraus (Moll 2002). Forschungsrelevant scheinen uns hierbei insbesondere Operationalisierungen, die – um mit Bruno Latour (2006) zu sprechen – *technoscience* nicht bloß als eine in Technik stabilisierte Gesellschaft der Kontrolle konzipieren. Vielmehr gilt es mittels anthropologischer Forschungsansätze wie etwa jenem von Anna Lowen-

haupt Tsing (2019) und frei nach einer der wichtigsten Faustregeln des investigativen Journalismus, »*follow the money*«, den Pfaden zu folgen, auf denen unterschiedliche Akteure, Diskurse und Technologien Netzwerke, Machtverhältnisse und Verwertungsakkumulationen anlegen. Eine solche Forschungsperspektive durch die »Zwiebel der technowissenschaftlichen Praxis« (Haraway 2018, S. 299, Fn 25, eigene Übers.) stellt sich quer zu dem falschen Gegensatz von *studying down* (im Sinne des überwiegenden Teils der Migrant*innenforschung) oder dem *studying up*, welches in der klassischen Eliten- und Lobbyforschung mit Bezug auf die Brüsseler Politik zur Anwendung kommt (Carroll 2009; Carroll et al. 2010).

Will man *Migration and Border Studies* und *Science and Technology Studies* in Bezug auf die Erforschung von *venture science*-Zonen der europäischen digitalen Grenze zusammenführen (Tsianos 2015a, 2015b; Tsianos und Kuster 2016b), bietet sich ein methodisches Phasenmodell an, das in der Tradition der Technikgeneseforschung steht. Es unterscheidet Phasen der Entstehung, der Stabilisierung und der Durchsetzung von Technik- und Innovationsentwicklung (für einen Überblick: Rammert 1992; Weyer 1997). In seinem Vier-Phasen-Modell der Akteur-Netzwerk-Konstruktion unterscheidet Michel Callon (2006) zwischen 1) *problématisation* (Problematisierung), 2) *intéressement* (Interesse formulieren), 3) *enrôlement* (Einbindung) und 4) *mobilisation* (Mobilisierung). Alle vier Phasen eint, dass sie ineinandergreifende Momente des Übersetzungsprozesses darstellen, »in dessen Verlauf die Identitäten der Akteure, die Möglichkeit der Interaktion und der Handlungsspielraum ausgehandelt und abgegrenzt werden« (Callon 2006, S. 146).²⁹

Die Problematisierung ergibt sich aus der Definition der Interaktivität von (menschlichen wie nicht-menschlichen) Akteuren, die zuvor nicht miteinander verbunden waren. Dies umfasst nicht zuletzt die Benennung einer Reihe von (womöglich) beteiligten bzw. betroffenen Akteuren und Hindernissen, die Akteure davon abhalten, die ihnen zugeschriebenen Ziele oder Vorhaben zu verwirklichen (Callon 2006, S. 150). In der Phase des *intéressement* geht es darum, Verbündete zu mobilisieren, um ein Handlungsprogramm zu initiieren. »Das *intéressement* umfasst die Gruppe von Aktionen, durch welche eine Entität versucht, die Identität der anderen Akteure, die sie durch Problematisierung definiert, zu bestimmen und zu stabilisieren.«

²⁹ Ausführlicher zur Anwendung der vier Phasen siehe auch Law (2006, S. 438–441). In der Rekonstruktion eines Akteur-Netzwerkes mittels des Vier-Phasen-Modells nach Callon oder in der Latourschen Rekonstruktion des Kollektivs (Latour 2001) sind Netzwerke instabile Prozesse, die nur vorläufig durch Übersetzungen eine relative Stabilität erhalten. An der Stelle ergibt sich auch der Dissens zwischen der Akteur-Netzwerk-Theorie und der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung (Weyer 2000, S. 15), deren Übersetzungsprozesse als Vorgänge zwischen stabilen und abgeschlossenen Netzwerken konzipiert werden.

(Callon 2006, S. 152). Die dritte Phase des *enrôlement* bezeichnet den Vorgang, in dem ein Set von zueinander in Beziehung stehenden Rollen und Handlungsanweisungen definiert und Akteuren zugeteilt wird, die sie auch akzeptieren. Es handelt sich also in dieser Phase um die Einschreibung, d.h. institutionalisierte Verfestigung oder Kodierung von Handlungsprogrammen. In der abschließenden vierten Phase der *mobilisation* wird Entitäten von Akteuren, die zuvor unbeweglich waren, Beweglichkeit verliehen. Diese Phase handelt somit von der Ausbreitung oder Ausdehnung, deren Reichweite oder Repräsentationsfähigkeit hierbei auf der stabilisierten Rollenakzeptanz innerhalb eines Handlungsprogramms basiert.

Sozio-technische Vernetzung und Stabilisierung am Beispiel von EU-LISA

Im Folgenden wollen wir am Beispiel der technischen und politischen Transformationen, die im Zuge der Betriebsaufnahme der Agentur EU-LISA seit 2014 erfolgten, einige rückblickende Schlaglichter darauf werfen, wie sich ein *intéressement* gestaltet. Festzuhalten ist allerdings, dass das Akteur-Netzwerk von EU-LISA inzwischen mit Bestimmtheit bezüglich mancher Aspekte als vierte Phase der *mobilisation* analysiert werden müsste. Dies lässt sich vor allem an der offenkundigen Zweckerweiterung der Agentur EU-LISA ablesen. Bezüglich der einzelnen hier verwalteten Datennetzwerke kann folglich von einem ›function creep‹ gesprochen werden (vgl. hierzu Tsianos und Kuster 2016b; Kuster und Tsianos 2016). Im Auftrag der Kommission verwaltet EU-LISA eine Biometric Matching System (BMS)-Plattform, auf der die drei großen europäischen Datenbanken VIS, SIS und EURODAC angesiedelt sind. Neu hinzugekommen sind im Zuge des seit 2008 bzw. forciert seit 2013 projektierten Smart Border Package³⁰, das 2017 verabschiedete Entry/Exit System (EES) sowie das 2018 als Ersatz für das Registered Traveller Programm (RTP)³¹ verabschiedete European Travel Information and Authorisa-

³⁰ Im Oktober 2014 legte die Kommission eine von PricewaterhouseCoopers verfasste umfangreiche technische Studie zu Smart Borders vor: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/smart-borders/docs/smart_borders_technical_study_en.pdf. Zugriff: 7.2.2021. Siehe hierzu auch die kritische Analyse von Chris Jones, verfasst unter dem Titel ›Smart borders: fait accompli?‹ im August 2014 für Statewatch, <http://www.statewatch.org/analyses/no-253-smart-borders.pdf>. Zugriff: 7.2.2021.

³¹ Das RTP war seit 2008 bzw. 2013 als Teil des von der Kommission vorgeschlagenen ›Smart Border Package‹ konzipiert. Siehe zur ersten Mitteilung der Kommission von 2008 Guild et al. (2008). Nach wiederholten Kritiken seitens des Rats, des Europäischen Parlaments in Bezug auf Kosten, technische Machbarkeit und den Betrieb sowie in der Folge einer kritischen öffentlichen Konsultation 2015 legte die Kommission am 6. April 2016 eine überarbeitete Gesetzesvorlage für ›Smart Borders‹ vor, die nur noch das Entry-Exit-System umfasste.

tion System (ETIAS), die beide voraussichtlich 2022 in Betrieb genommen werden. Die Idee des Maßnahmenpakets ›Smart Borders‹ (intelligente Grenzen) ist es zum einen, Grenzkontrollen für sogenannte *bona-fide*-Reisende, d.h. Vielreisende (etwa Geschäftsreisende, Familienangehörige), die eine Vorabkontrolle durchlaufen haben, zu vereinfachen, indem sie schneller durch automatische Grenzkontrollstationen in die EU einreisen können. Zum anderen sollen alle Aus- wie Einreisen in den Schengenraum zentral erfasst werden. Im Entry-Exit-System, in dem die Ein- und Ausreisen aller Drittstaatsangehörigen verzeichnet werden sollen, sind nicht mehr nur Fingerabdrücke als biometrische Erkennungsmarker geplant, sondern eine Kombination und Kombinatorik von Fingerabdrücken, Gesichtserkennung und Iris-Scan.

In dem Zusammenhang erstaunt es nicht allzu sehr, dass parallel hierzu auch der Ausbau und die erweiterten Wirkungsbereiche der Datenbank EURODAC, wie sie seit der Novelle von 2013 bzw. im Zuge der seit 2016 betriebenen Neufassung erfolgen, vorsehen, dass EURODAC auch Passfotografien sowie alphanumerische Daten von Asylbewerber*innen und irregulären Migrant*innen aufnehmen und speichern soll.³² Mit der Einrichtung von EU-LISA seit 2011 einhergehend wurde mit der technischen Erarbeitung bzw. Einrichtung der BMS-Plattform (Biometric Matching System) begonnen, einer einheitlichen Verwaltungs- und Suchmaschine für alle großen europäischen Datenbanken im Bereich von Migration und Sicherheit. 2017 legte die Europäische Kommission einen Vorschlag für ein neues rechtliches Mandat für EU-LISA vor, um die aktuellen und künftigen Herausforderungen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts besser zu bewältigen.³³ EU-LISA ist somit als eine Art Schaltzentrale der *digitalen (Außen-)Grenzen* Europas zu verstehen. Sie wiederum fungieren als bevölkerungspolitische Instrumentarien zur Produktion dessen, was Achille Mbembe »corps-frontières« (Grenz-Körper) nennt. Einem intensiven Kalkül unterworfen, in dem Internationalisierung und Externalisierung konvergieren, erweisen sich Grenz-Körper als teilbare ›Rasse‹-Körper, sie lassen sich zerlegen und neu zusammensetzen, wobei ihre Assemblierung den Gesetzen von Code und Raum unterliegt (Mbembe 2020, S. 144).

³² Eine Erweiterung des Anwendungsbereichs von EURODAC wurde bereits 2013 vorgenommen und erstreckte sich auf den Datenzugriff durch Strafverfolgungsbehörden. Vgl. zur aktuellen Neufassung [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/589808/EPRS_BRI\(2016\)589808_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2016/589808/EPRS_BRI(2016)589808_EN.pdf). Zugriff: 7.2.2021.

³³ Press release of the EU Council, EU-LISA: agreement between the Council Presidency and the European Parliament (285/18), 24.5.2018, <http://www.statewatch.org/news/2018/may/eu-council-ep-agree-elisa-reg-prel.pdf>. Zugriff: 7.2.2021.

Der Hauptsitz von EU-LISA befindet sich in Tallinn. Die Datenbanken sind in Straßburg untergebracht. In Brüssel wird ein Verbindungsbüro betrieben, dessen Aufgabe es ist, auf politischer wie operativer Ebene Arbeitsbeziehungen mit Mitgliedstaaten, europäischen Organen, etwa Referent*innen für Justiz und Inneres, sowie weiteren wichtigen Akteuren zu unterhalten. Entsprechend versteht sich EU-LISA als »anerkanntes Kompetenzzentrum und Dienstleister im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien«, das »Partnerschaften mit wichtigen Akteuren« eingeht, »um die operative und politische Kohärenz in den Sektoren zu fördern und Einfluss auf die Politik und ihre Maßnahmen auszuüben, die sich positiv auf die Umsetzung des Auftrags der EU-LISA und ihre wichtigsten Interessengruppen auswirken können.«³⁴ Forschungen, Studien, Auftragsvergaben, Ausschreibungen, Thinktanks, Kongresse und andere Zusammenkünfte³⁵ oder »Diskussionsrunden«³⁶ sind zentrale Aktionsgebiete der an Corporate Governance-Grundsätzen ausgerichteten Arbeitsweise von EU-LISA. Sie fungiert damit als typisches Amalgam von Exekutive und unternehmerischer Entwicklung. Entwicklungskosten geringhalten, kostengünstig und vorausschauend planen, kalkulieren und strategisch investieren, Tendenzen frühzeitig aufgreifen und Entwicklungen antizipieren sind im Sinne des *intéressement* Handlungsprogramme für die Ko-Entwicklung der politischen, operativen sowie technischen Weiterentwicklung von EU-LISA. In Verbindung mit hohen Investitionsrisiken und starkem Wettbewerb führt dies dazu, dass sich die unterschiedlichen öffentlichen und privaten Akteure des Forschungs- und Entwicklungsnetzwerks rund um EU-LISA zu Lobbygruppen, Kompetenznetzwerken wie TeleTrusT, Forschungspartnerschaften für »gemeinsame Technologieinitiativen«, wie sie etwa im Rahmen der EU-Forschungsrahmenprogramme explizit gefördert werden, oder Arbeitsgruppen konsolidieren. Im Arbeitsfahrplan von EU-LISA heißt es entsprechend lapidar: »Die relevanten Forschungseinrichtungen, Organisationen des Privatsektors und EU-Agenturen werden 2016 an Fachthemen wie Technologien der Grenzkontrolle, Netzsicherheit und Normen/bewährte Praktiken [sic] arbeiten und es

34 Alle Zitate in diesem Absatz sind dem Jahresarbeitsprogramm von EU-LISA für 2016 entnommen: http://www.eulisa.europa.eu/Publications/Documents/WP2016/EU-LISA_2016_00010000_DE_TRA.pdf. Zugriff: 7.2.2021.

35 EU-LISA veranstaltet selbst Jahreskonferenzen, die als Plattform verstanden werden für die Förderung einer wirkungsvollen Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und anderen interessierten Kreisen, die für die Agentur und ihre Interessengruppen von Interesse sind.

36 An der von EU-LISA ausgerichteten Diskussionsrunde in Tallinn im Jahr 2014 nahmen 25 Unternehmen teil.

werden weiterhin geeignete Thinktanks in die Entwicklungen zu den Themen Datenschutz und Privatsphäre einbezogen.«³⁷

Bei der EAB Research Projects Conference (EAB-RPC) 2016 stand das Abschlusspanel unter dem Thema ›Mind the gap – what research is needed for current and future operational biometric systems‹. Vor allem die Beiträge von Ciaran Carolan von der EU-Agentur EU-LISA und Richard Rinkens, Projektmanager für Biometrie bei der Europäischen Kommission³⁸, stachen hierbei hervor. Erwartungsgemäß stand im Brennpunkt der Debatte das projektierte EES, das – wie in diesem Rahmen in keinerlei Weise verschleiert wurde – auf die Erfassung von sogenannten overstayers zielt, also jenen, die die Gültigkeitsdauer ihres Aufenthaltstitels überschreiten. Zudem wurde aber auch das Desiderat eines europaweiten »identity repository« verhandelt, das Rinkens als längerfristiges Ziel definierte. In der Generaldirektion Migration und Inneres (DG HOME) ist man offenbar genauso genervt von all den unterschiedlichen Datenbanken wie bei der Polizei³⁹ und mokiert sich gerne darüber, dass bloß verbohnte Datenschützer*innen und schlecht informierte sowie für Verschwörungstheorien anfällige Menschenrechtsaktivist*innen oder Politiker*innen sich angesichts solcher Szenarien ängstigen würden. Evident sei, dass alle diese europäischen biometrischen Datenbanken auf die Identifizierung von Personen zielten, die aus Herkunftsländern und Kontexten kämen, deren Registrierungssystemen die EU nicht traue, weshalb sie die Registrierung daher selbst vornehme, so Rinkens (2016). »Interconnectivity« müsse doch streng von »interoperability«⁴⁰ unterschieden werden, betonte er, und veranschaulichte den Unterschied, didaktisch geschickt, anhand von zwei Schautafeln: Die erste bildete den aktuellen Stand ab, den er als »EU's silo approach« bezeichnete. Sie zeigte als vier Säulen die vier partiell miteinander verbundenen großen Datenbanken, das projektierte EES sowie die bestehenden Datenbanken VIS, SIS und EURODAC. Ihre Interoperabilität – das heißt ihr nahtloses Zusammenwirken als voneinander

37 Vgl. Jahresarbeitsprogramm von EU-LISA für 2016, http://www.eulisa.europa.eu/Publications/Documents/WP2016/EU-LISA_2016_00010000_DE_TRA.pdf. Zugriff: 7.2.2021.

38 Rinkens' Vorgänger Dr. Frank Paul war bei der seit 2010 operierenden, für die Schnittstelle zwischen der Privatwirtschaft, der sicherheitstechnologischen Lobby und der Kommission wegweisenden Large Scale IT Systems and Biometrics Unit im GD Home Affairs tätig, die sich mit der Implementierung von EU-LISA erübrigt hat und nicht mehr existiert. Paul begann seine Karriere 1998 bei der Kommission als Projektmanager für EURODAC und ist heute bei der Support Group for Ukraine (SGUA) tätig.

39 Vgl. hierzu etwa die überaus kritischen Bemerkungen eines führenden Beamten des Bundeskriminalamts (BKA) zum Prüm-System, das den grenzüberschreitenden Austausch von personenbezogenen Daten zwischen den Polizeibehörden der Mitgliedstaaten regelt; Tsianos und Kuster, Feldnotizen zum Interview vom 8.6.2011.

40 Feldnotizen zur EAB Research Projects Conference vom 19.9.2016, Brigitta Kuster.

unabhängige, heterogene Systeme – werde durch die gemeinsame Matching-Plattform BMS sichergestellt. Davon zu unterscheiden sei die Interkonnektivität, also die Zusammenschaltung mehrerer unabhängiger Netzwerke, die Rinkens in einer zweiten Schautafel vorführte. Sie handelte vom Desiderat eines gemeinsamen Identitätsspeichers in der EU und wurde folgendermaßen beschrieben:

»A common repository of data at EU level for different systems is the most ambitious long-term approach to interoperability. This core module would contain basic identity data while specific data (e.g. visa data, entry/exit records, ETIAS⁴¹ records) would be stored in specific modules. This would overcome the current fragmentation of the EU's data architecture.«⁴²

Bemerkenswert ist hierbei zum einen, dass sich bei der Konferenz im Weiteren eine technische Diskussion um Vorteile, Sicherheitslücken und Angreifbarkeit zentraler, dezentraler und verteilter Systeme entspann. Zum anderen aber ist aufschlussreich, dass Interoperabilität auch für die kommenden Jahre das Zauberwort blieb, um das herum sich ein *intéressement* bildete.⁴³ Seit 2017 wurde an den gesetzlichen Grundlagen für die Interoperabilität aller zentralisierten EU-Informationssysteme für Sicherheits-, Grenz- und Migrationsmanagement unter voller Wahrung der Grundrechte⁴⁴ gearbeitet⁴⁵, wobei nach erfolgreichen Trilog-Verhandlungen im Mai 2019 die diesbezüglich

41 Das Europäische Reiseinformations- und -genehmigungssystem ETIAS ist zurzeit im Aufbau befindlich und soll 2022 in Kraft treten.

42 Feldnotizen zur EAB Research Projects Conference vom 19.9.2016, Brigitta Kuster.

43 Vgl. etwa Eurodac. 2018. Annual Report, <https://www.eulisa.europa.eu/Publications?RID=80&LID>. Zugriff: 7.2.2021.

44 Selbstredend beschäftigte die Interoperabilität zunehmend auch Akteure des Datenschutzes und der Grundrechte. Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights (FRA). 2018. Interoperability and Fundamental Rights Implications. Opinion of the European Union Agency for Fundamental Rights. Vienna (FRA) Opinion, 1/2018. https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-opinion-01-2018-interoperability_en.pdf. Zugriff: 7.2.2021; Brouwer, Evelien. 2019. Interoperability of Databases and Interstate Trust: A Perilous Combination for Fundamental Rights. 25.5.2019, <https://verfassungsblog.de/interoperability-of-databases-and-interstate-trust-a-perilous-combination-for-fundamental-rights/>. Zugriff: 7.2.2021; Europäischer Datenschutzbeauftragter. Stellungnahme 4/2018 zu den Vorschlägen für zwei Verordnungen über die Einrichtung eines Rahmens für die Interoperabilität von IT-Großsystemen der EU. http://edps.europa.eu/sites/edp/files/publication/18-04-16_edps-opinion-on-interoperability_de.pdf. Zugriff: 7.2.2021.

45 Proposal for a Regulation of the European Parliament and of the Council on Establishing a Framework for Interoperability between EU Information Systems (police and judicial cooperation, asylum and migration), COM/2017/0794 final, 12.12.2017, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017PC0794&from=EN>. Zugriff: 7.2.2021.

neue Verordnung in Kraft treten konnte.⁴⁶ 2018 vermochte Interoperabilität aber auch weitere Kreise zu involvieren, etwa den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, der sich mit einer Stellungnahme positionierte.⁴⁷

Die Diskussionen, die sich nominell weiterhin um Interoperabilität drehen, schienen sich inzwischen faktisch aber zunehmend in Richtung Interkonnektivität verschoben zu haben, insofern als alle Zeichen auf die automatische Konsultation der Daten einzelner Systeme untereinander hindeuteten: Im Rahmen von EU-LISA und ausgehend von EES und ETIAS wurde ein gemeinsamer Speicher (CIR) für alphanumerische Identitätsdaten entworfen. Seine Entwicklung sollte ab der zweiten Hälfte 2020 starten.⁴⁸ Sobald er in Betrieb genommen worden ist, wird er Daten zur biografischen und biometrischen Identität der kontrollierten Drittstaatsangehörigen enthalten und verarbeiten, unabhängig davon, ob die Drittstaatsangehörigen an der Grenze oder in den (Schengen-)Mitgliedstaaten in den Fokus der Kontrolle geraten waren. Im Rahmen von EU-LISA trifft sich eine Interoperability Advisory Group regelmäßig seit 2020, und in Tallin gehen auch die Industry Roundtables in weitere Runden, um etwa die Frage von Qualitätslücken bei der Interoperabilität durch Standardisierung zu erörtern. Ganz klar ist hierbei: »The new interoperable information architecture will interconnect the large scale IT systems in the JHA [Justice and Home Affairs] domain and will enhance the exchange of information.«⁴⁹

Im Sinne der Akteur-Netzwerk-Theorie macht diese Aussage die oben beschriebene expansive Entfaltung, d.h. die Prozesse der Vernetzung und Stabilisierung des Akteur-Netzwerks von EU-LISA unsichtbar, indem ein nahezu müheloser Übergang von Interoperabilität zu Interkonnektivität suggeriert wird. Dass sich jedoch die konstitutive Verflechtung von FuE, Lobbyismus, Technik und Politik – d.h. die Verschränkung von Wissenschaft und Politik – immer erst im Nachhinein rekonstruieren lässt, macht eine

46 Vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32019R0817&from=EN>. Zugriff: 7.2.2021. Da dies alles recht kompliziert ist, stellt die Kommission mit dem Projekt ›Legislative train‹ eine ansprechend visualisierte und in eine im Umgang mit der europäischen Geschichte höchst unsensible Metaphorik gegossene Veranschaulichung der European Governance zur Verfügung. Zugriff: 7.2.2021.

47 Vgl. Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses C 283/48 vom 10.8.2018. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018AE0446&from=BG>. Zugriff: 7.2.2021.

48 Vgl. EU-LISA. Consolidated Annual Activity Report 2019, S. 26, <https://www.eulisa.europa.eu/Publications/Corporate/eu-LISA%20Annual%20Activity%20Report%202019.pdf>. Zugriff: 16.3.2021.

49 Data Quality and Interoperability: Addressing the Capability Gaps through Standardisation. EU-LISA 12th Industry Roundtable, 3-5 November 2020, https://www.eulisaroundtable.eu/eulisa_content/uploads/2020/12/euLISA3_interactive_compressed.pdf. Zugriff: 7.2.2021.

Anekdote klar, mit der wir abschließend zu der eingangs erwähnten Programmatik einer »kritischen Politikbegleitung« nach Klaus J. Bade zurückkommen wollen. Bade beschreibt in einer wie uns scheint paradigmatischen Anekdote eine Begegnung, die er Ende der 1990er Jahre hatte (Bade 2013, S. 23f.). Es handelte sich um ein unverhofftes und überaus skurriles Zusammentreffen mit einem inzwischen pensionierten führenden Beamten aus dem Bundesinnenministerium (BMI). Dieser stellte sich ihm, Bade, vor mit der Bemerkung, er sei derjenige, der im BMI Anfang der 1980er Jahre alles verhindert habe, was er, Bade, wissenschaftsgestützt im Bereich der migrations- und integrationspolitischen Politikberatung vorgeschlagen habe. Das BMI hätte die von Expert*innen der Integrationspraxis geforderten legislativen und politischen Initiativen allesamt abgeblockt, weil diese infolge der damit einhergehenden Verrechtlichungen die Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland befördert hätten und entsprechend vom BMI als kontraproduktiv erachtet worden seien.

So weit so einsichtig. Uns erscheint aber, dass die *tatsächliche* Pointe dieser Geschichte nicht in der historischen Kontingenz liegt, sondern im Rückblick auf die Mühen einer ebenso selbstreflexiven wie produktiven wissenschaftlichen Praxis. Auf Bades Frage nämlich, wer denn nun mit der Einschätzung der seinerzeitigen Trendentwicklungen Recht gehabt hätte, erhält er von seinem pensionierten Widersacher aus dem BMI die Antwort, dass er, also Bade, rückblickend betrachtet wohl Recht gehabt hätte – aber das hätte er damals doch nur *schreiben* und gar nicht *wissen* können. In Sinne der hier nahegelegten Differenz zwischen Schreiben und Wissen plädieren wir mit unserem Beitrag unmissverständlich dafür, für das Feld der *venture science* in der empirischen Migrations- und Grenzregimeforschung Methoden der Verschränkung von konstruktivistisch-kritischem Schreiben mit der Produktion präskriptiven Wissens zu entwickeln.

Literatur

- Angenendt, Steffen, David Kipp, und Anne Koch. 2016. Grenzsicherung, Lager, Kontingente: Die Zukunft des europäischen Flüchtlingsschutzes?, SWP-Aktuell, A 30, April https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2016A30_adt_kpp_koh.pdf. Zugriff: 7.2.2021.
- Aradau, Claudia, Jef Huysmans, Andrew Neal, und Nadine Voelkner, Hrsg. 2015. *Critical Security Methods. New Frameworks for Analysis*. London/New York: Routledge.
- Bade, Klaus J. 2013. *Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ›Islamkritik‹ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft*. Berlin: Wochenschau.
- Bode, Thilo. 2018. *Die Diktatur der Konzerne. Wie globale Unternehmen uns schaden und die Demokratie zerstören*. Frankfurt a.M.: Fischer.

- Breckenridge, Keith. 2014. *Biometric State: The Global Politics of Identification and Surveillance in South Africa, 1850 to the Present*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Busch, Heiner. 1995. *Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Callon, Michel. 2006. Einige Elemente einer Soziologie der Übersetzung: Die Domestikation der Kammuscheln und der Fischer der St. Brieuc-Bucht. In *ANTHology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie*, Hrsg. Andrea Billinger und David J. Krieger, 135–174. Bielefeld: transcript.
- Carroll, William K. 2009. Transnationalists and National Networkers in the Corporate Elite. *Global Networks* 9: 289–314.
- Carroll, William K., Meindert Fennema, und Eelke M. Heemskerk. 2010. Constituting Corporate Europe: A Study of Elite Social Organization. *Antipode* 42 (4): 811–843.
- Feldman, Gregory. 2012. *The Migration Apparatus: Security, Labor, and Policy Making in the European Union*. Palo Alto, CA: Stanford University Press.
- Golash Boza, Tanya. 2009a. The Immigration Industrial Complex: Why We Enforce Immigration Policies Destined to Fail. *Sociology Compass* 3 (2): 295–309.
- Golash Boza, Tanya. 2009b. A Confluence of Interests in Immigration Enforcement: How Politicians, the Media and Corporations Profit from Immigration Policies Destined to Fail. *Sociology Compass* 3 (2): 283–294.
- Gordon, Neve. 2009. The New Transparency/Surveillance and Social Sorting/Working Paper III: The Political Economy of Israel's Homeland Security/Surveillance Industry, <https://www.sscqueens.org/sites/sscqueens.org/files/The%20Political%20Economy%20of%20Israel%E2%80%99s%20Homeland%20Security.pdf>. Zugriff: 7.2.2021.
- Guild, Elspeth, Sergio Carrera, und Florian Geyer. 2008. The Commission's New Border Package: Does it Take us One Step Closer to 'Cyber Fortress Europe'?, Brüssels Center for European Policy Studies (CEPS). Policy brief 154. <https://core.ac.uk/reader/5081950>. Zugriff: 7.2.2021.
- Haraway, Donna. 1995. *Monströse Versprechen. Die Gender- und Technologie-Essays*. Hamburg: Argument Verlag.
- Haraway, Donna. 2018. *Modest_Witness@Second_Millennium. FemaleMan_Meets_Onco-Mouse. Feminism and Technoscience*. 2. Auflage, New York: Routledge.
- Hayes, Ben. 2009. NeoConOpticon – The EU Security-Industrial Complex (Transnational Institute in association with Statewatch). <http://www.statewatch.org/analyses/neoconopticon-report.pdf>. Zugriff: 7.2.2021.
- Hernández-León, Rubén, 2012. Conceptualizing the Migration Industry. In *The Migration Industry and the Commercialization of International Migration*, Hrsg. Thomas Gammeltoft-Hansen und Ninna Nyberg Sorensen, 25–45. London: Routledge.
- Hess, Sabine, und Matthias Schmidt-Sembdner. 2021. Perspektiven der ethnographischen Grenzregimeforschung: Grenze als Konfliktzone. *Zeitschrift für Migrationsforschung – Journal of Migration Research* 2021 1 (1): 197–214.
- Kasperek, Bernd. [2021]. *Europa als Grenze. Eine Ethnographie der Grenzschutz-Agentur Frontex*. Bielefeld: transcript.
- Knorr-Cetina, Karin. 1999. *Epistemic Cultures. How the Sciences Make Knowledge*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Kuster, Brigitta, und Vassilis S. Tsianos. 2016. How to Liquefy a Body on the Move: Eurodac and the Making of the European Digital Border. In *EU Borders and Shifting*

- Internal Security. Technology, Externalization and Accountability*, Hrsg. Raphael Bosson und Helena Carrapico, 45–63. Springer International Publishing.
- Latour, Bruno. 2001. *Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Latour, Bruno. 2006. Über technische Vermittlung: Philosophie, Soziologie und Genealogie. In *ANThology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie*, Hrsg. Andrea Billinger und David J. Krieger, 483–528. Bielefeld: transcript.
- Law, John. 2006. Notizen zur Akteur-Netzwerk-Theorie. In *ANThology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie*, Hrsg. Andrea Billinger und David J. Krieger, 429–446. Bielefeld: transcript.
- Lemberg-Pedersen, Martin, Johanne Rubner Hansen, und Oliver Joel Halpern. 2020. The Political Economy of Entry Governance. ADMIGOV Deliverable 1.3. Kopenhagen: Aalborg University. <http://admigov.eu>. Zugriff: 7.2.2021.
- Lowenhaupt Tsing, Anna. 2019. *Der Pilz am Ende der Welt. Über das Leben in den Ruinen des Kapitalismus*. Berlin: Matthes & Seitz.
- Maasen, Sabine. 2009. Converging Technologies – Diverging Reflexivities? Intellectual Work in Medialized Knowledge Society. In *Assessment Regimes of Technology: Regulation, Deliberation & Identity Politics of Nanotechnology. Yearbook Sociology of the Sciences*, Hrsg. Mario Kaiser, Monika Kurath, Sabine Maasen, und Christoph Rehmman-Sutter, 255–277. Dordrecht: Springer.
- Mbembe, Achille. 2020. *Brutalisme*. Paris: La Découverte.
- Moll, Anne Marie. 2002. *The Body Multiple: Ontology in Medical Practice*. Durham, NC: Duke University Press.
- Rajan, Kaushik Sunder. 2009. *Biokapitalismus. Werte im postgenomischen Zeitalter*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Rammert, Werner. 1992. Entstehung und Entwicklung der Technik: Der Stand der Forschung zur Technikgenese in Deutschland. *Journal für Sozialforschung* 32 (2): 177–208.
- Sanders, Mark. 2002. *Complicities: The Intellectual and Apartheid*. Durham, NC: Duke University Press.
- Schaar, Peter. 2014. *Überwachung total. Wie wir in Zukunft unsere Daten schützen*. Berlin: Aufbau.
- Slaby, Jan. 2015. Critical Neuroscience Meets Medical Humanities. *Med Humanities* 41: 16–22.
- Tsianos, Vassilis S. 2015a. Die (Un-)Durchlässigkeit der europäischen Außengrenzen für Geflüchtete. Der Fall Eurodac. *Soziale Probleme. Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle* 26 (2): 189–204.
- Tsianos, Vassilis S. 2015b. Feldforschung in den »Mobile Commons«. *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 12 (1): 115–125.
- Tsianos, Vassilis S., und Brigitta Kuster. 2016a. Eurodac in Times of Bigness: The Power of Big Data within the Emerging European IT Agency. *Journal of Borderlands Studies* 6: 1–15.
- Tsianos, Vassilis S., und Brigitta Kuster. 2016b. Black Box Eurodac! Eine Akteur-Netzwerk-theoretische Untersuchung der digitalen Deportabilität. In *Grenzerfahrung Biometrie. Biotechnologie und Migration*, Hrsg. Martin G. Weis, 183–204. Berlin: Campus.

- Van Apeldoorn, Bastiaan, und Laura Horn. 2007. The Marketisation of European Corporate Control: A Critical Political Economy Perspective. *New Political Economy* 12 (2): 211–235.
- Walters, Williams. 2010. Migration and Security. In *The Routledge Handbook of New Security Studies*, 217–228. London/New York: Routledge.
- Weyer, Johannes. 1997. Vernetzte Innovationen – innovative Netzwerke. Airbus, Personal Computer, Transrapid. In *Technik und Gesellschaft. Jahrbuch 9*, Hrsg. Werner Rammert und Gotthard Bechmann, 125–152. Frankfurt a.M.: Campus.
- Weyer, Johannes. 2000. Einleitung. Zum Stand der Netzwerkforschung in den Sozialwissenschaften. In *Soziale Netzwerke: Konzepte und Methoden der Sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*, Hrsg. Johannes Weyer, 39–70. München: Oldenbourg.
- Zolberg, Aristide R. 1999. Matters of State: Theorizing Immigration Policy. In *The Handbook of International Migration: The American Experience*, Hrsg. Charles Hirschman, Philip Kasinitz, und Josh DeWind, 71–93. New York: Russell Sage Foundation.
- Zuboff, Shoshana. 2019. *The Age of Surveillance Capitalism: The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power*. New York: Public Affairs.